

Viel Wind um die Windkraft

Ist der Kanton Freiburg als Standort für wirtschaftlich betriebene Windkraftanlagen geeignet? Oder stellen diese bloss eine Verschandelung der Natur dar? Der Grosse Rat diskutierte gestern über Energie im Allgemeinen und den Schwyberg im Speziellen.

Imelda Ruffieux

FREIBURG Rund 700 Seiten umfasst der neue kantonale Richtplan, den der Staatsrat Ende Monat dem Bund zur Genehmigung vorlegen will. Der Grosse Rat nimmt dieses Planungsinstrument an der gestrigen und heutigen Sitzung zur Kenntnis. Obwohl die Grossrätinnen und Grossräte nicht über den Richtplan abstimmen können, sorgten einzelne Themen gestern für Diskussionen: allen voran die Visionen des Staatsrats für die Umsetzung der Energiestrategie 2050, im Speziellen der Windkraftstandort Schwyberg – das Thema, das auch in der von Markus Bapst (CVP, Düdingen) präsidierten Richtplan-Kommission am kontroversen besprochen worden sei.

Windkraft ganz kippen?

Gestern ging es nicht nur um die Forderung von Emanuel Waeber (SVP, St. Antoni), die Windkraft ganz aus dem Richtplan zu kippen, da sie während der Vernehmlassung heftig kritisiert worden sei. «Die Schweiz ist einfach kein Land für Windkraft», betonte er. Besser sei es, auf andere Arten erneuerbarer Energie zu setzen. Etwa auf Fotovoltaik oder Geothermie, also Projekte, die eine höhere Akzeptanz in der Bevölkerung finden. Unterstützung erhielt Waeber von seinem Fraktionskollegen Stéphane Peiry (Freiburg). «Wir sagen nicht grundsätzlich Nein zur Windenergie», erklärte dieser. «Aber auf dem Gipfel des Schwyberg hat diese nichts zu suchen.» Die Umsetzung dieses Projekts hätte irreparable Eingriffe in die Natur zur Folge, und ausserdem sei nicht einmal die Rentabilität gesichert.

Aufruf zu mehr Mut

Dem widersprach Eric Colomb (CVP, Lully): Wie jedes Bauwerk aus Beton könne man auch die Sockel von Windrädern wieder entfernen. Er rief dazu auf, mutig zu sein, und erinnerte an den Staudamm Rosensens, der aus Greyerz eine nationale Referenz in Sachen Energiegewinnung gemacht habe. Ähnlich tönte es von Bertrand Gaillard (CVP, La Roche): Als vor 70 Jahren der Greyerzsee gestaut worden sei, habe man



Der Grosse Rat hat gestern mit seiner Diskussion über den kantonalen Richtplan begonnen.

Bild Aldo Ellena

auch von einer Landschaftskatastrophe gesprochen. Heute sie dies kein Thema mehr. «Wir sollen nicht aus Angst alles ablehnen.»

Nur dort, wo es rentiert

«Wir sollten dort Windräder bauen, wo der Wind bläst, und jene Standorte aus dem Richtplan nehmen, wo ein Windpark nicht rentabel betrieben werden kann», sagte Antoinette de Weck (FDP, Freiburg), Mitglied der Vereinigung «Rettet den Schwyberg». Sie kritisierte, dass im Richtplan Windkraftstandorte aufgelistet sind, an denen es noch keine Messungen gegeben habe. Staatsrat Olivier Curty (CVP) antwortete ihr, dass sich die Kantonsregierung auch auf nationale Angaben gestützt habe.

Der Plaffeier CVP-Grossrat Daniel Bürdel verwies auf Studien, die zeigen, dass die Investitionen in Windanlagen nach kurzer Zeit wieder kompensiert werden können – auch die graue Energie, die beim Bau solcher Anlagen verwendet würde. «Es ist möglich, rentable Projek-

«Auf dem Schwyberg hat es genug Wind.»

Nicolas Bürgisser
FDP-Grossrat

te zu realisieren», sagte er und wies darauf hin, dass ein Grossteil der Bevölkerung sich in einer Umfrage für Windkraft ausgesprochen habe.

«Auf dem Schwyberg hat es genug Wind», unterstrich auch Nicolas Bürgisser (FDP, Giffers). Es sei doch besser, erneuerbare Energien in der Region zu produzieren, statt Geld ins Ausland abfliessen zu lassen – selbst, wenn es etwas teurer sei. Unterstützung bekam Bürgisser von Hubert Dafflon (CVP, Grolley). «Wir können nicht für den Ausstieg aus der Atomenergie sein und dann Möglichkeiten der erneuerbaren Energie ablehnen», sagte er. Windparks gebe es überall auf der Welt, und oft seien sie gut in die Landschaft integriert. Ein Windkraftprojekt könne auch eine Chance für eine Region sein, ergänzte Fritz Glauser (FDP, Châttonnaye). Er plädierte dafür, den Projektblättern im Richtplan eine Chance zu geben.

Christa Mutter (Grüne, Freiburg) ging es mehr um die Solarenergie. «Dieses Kapitel ist im kantonalen Richtplan total

unterschätzt», sagte sie. Das ökologisch sinnvolle Potenzial sei ein Mehrfaches des Wertes, der im Richtplan angedacht sei.

«Sternstunde des Disputs»

Auf elegante Weise nahm Staatsrat Olivier Curty am Ende der Diskussion die widersprüchlichen Voten entgegen: Es sei eine «Sternstunde des politischen Disputs», wenn sich alle dafür einsetzten, die kantonale Energiestrategie gemeinsam zu verfeinern. Er wies darauf hin, dass viele Punkte im kantonalen Richtplan nicht allein vom Staatsrat stammen, sondern Vorgaben des Bundes entsprechen. «Wir sehen in diesem Dossier eine Reihe von Möglichkeiten für erneuerbare Energie vor», so Curty. «Wir werden prüfen, was besser funktioniert und prioritär behandelt werden sollte.» Jetzt sei man erst auf der strategischen Ebene. Bis zur Umsetzung konkreter Projekte sei noch ein langer Weg.

Die Diskussion um den kantonalen Richtplan im Grossen Rat wird heute fortgesetzt.

Kantonaler Richtplan

Grundsätzlich positive Rückmeldungen

«Der kantonale Richtplan zeigt das Gesicht des Kantons bis 2050», sagte Baudirektor Jean-François Steiert (SP) gestern am Anfang der Debatte über dieses Planungsinstrument. Von allen Fraktionen kam grundsätzlich ein positives Signal zum umfangreichen Dossier sowie ein Lob für die grosse Arbeit. Einige bedauerten, nicht mehr direkt Einfluss nehmen zu können.

Die Parlamentarier diskutierten den Richtplan kapitelweise, angefangen mit der Entwicklung des Siedlungsgebiets. Grossrat Cédric Péclard (La Broye c'est vous, Aumont) bemängelte, dass die Landgebiete, die «DNA unseres Kantons», in Bezug auf Bauzonen zu kurz kommen würden und dass ihnen Steuereinnahmen fehlten, wenn keine bauliche Entwicklung mehr möglich sei. Bruno Boschung (CVP, Wünnewil) entgegnete, dass dies nicht nur negativ sein müsse. «Es kann auch eine Chance für ein Dorf sein, weil es wohlhabende Leute anzieht», sagte er. Das Problem bei Industrie- und Gewerbebezonen bestehe darin, dass sie vielfach an einem Standort seien, an dem sie niemand brauchen könne, bemerkte Markus Bapst (CVP, Düdingen). Dort, wo man die Arbeitszonen wünsche, seien sie nicht verfügbar oder nicht erschlossen. Es werde eine Herausforderung sein, dies auszugleichen. Eric Collomb (CVP, Lully) stellte die Frage, ob es so viele strategische Zonen von kantonalen Bedeutung überhaupt brauche. Auch bei den Umfahrungsstrassen, die in den letzten Jahren diskutiert worden seien, sei heute unklar, welche davon am Ende auch wirklich realisiert würden.

Vielleicht könnten diese Strassen gar nicht gebaut werden, mutmasste Christian Ducotterd (CVP, Grolley). Dies, weil zu wenig Land für die Fruchtfolgeflächen reserviert worden sei. im

Eine Schlägerei, viele Widersprüche

Mehrere Tاملen schlugen 2010 in Düdingen einen anderen Tاملen spitalreif. Nun stand ein mutmasslicher Angreifer vor Gericht.

Nadja Sutter

TAFFERS Es muss brutal zu und her gegangen sein vor dem Bahnhofbuffet in Düdingen, an einem Oktoberabend im Jahr 2010. Im Bahnhofbuffet fand eine tamilische Feier statt. Zunächst war alles friedlich. Bis ein Teilnehmer auf den Parkplatz vor dem Buffet trat. Zwischen den Autos erschienen plötzlich mehrere Tاملen. Sie griffen den Mann an, traktierten ihn mit Stöcken, Stangen und Messern. Selbst als das Opfer am Boden lag, schlugen die Angreifer weiter.

So steht es in der Anklageschrift. Der Angegriffene erlitt demnach eine Hirnerschütterung, Prellungen, Stichwun-

den an den Hüften sowie Schnittwunden am Hinterkopf und im Gesicht, die noch heute sichtbar sind. Zudem leidet er seither an einer posttraumatischen Belastungsstörung und ist arbeitsunfähig.

Die Schlägerei an sich war an der Gerichtsverhandlung von gestern in Taffers von allen unbestritten. Doch wer war wie daran beteiligt? Neutrale Zeugen konnten niemanden identifizieren, befragte Tاملen machten widersprüchliche Aussagen. Das Opfer und ein Freund von ihm identifizierten den Mann, der dem Opfer die Schnittwunde im Gesicht zugefügt haben soll. Dieser stand gestern vor dem Strafgericht des Sensebezirks, wegen

schwerer Körperverletzung und Angriffs. Er bestritt aber mehrfach, überhaupt vor Ort gewesen zu sein. Vor Gericht berief er sich auf sein Recht zu schweigen.

Das Opfer, der Mann mit dem entstellten Gesicht, erschien trotz Vorladung nicht in Taffers. Sein Anwalt Yves Amberg sagte, er befinde sich in Sri Lanka. Er ersuchte um einen Dispens, der gewährt wurde.

Streit zwischen Gangs

Amberg und Staatsanwalt Markus Julmy beschrieben in ihren Plädoyers Streitereien zwischen tamilischen Gangs – «massive, sinnlose Gewalt». Opfer und Beschuldigte, die beide nicht im Kanton Freiburg

wohnen, kannten sich offenbar und waren bereits zuvor in Schlägereien verwickelt gewesen. Amberg und Julmy glauben, dass sich der Beschuldigte beim Opfer habe rächen wollen und es deshalb zum Angriff in Düdingen kam.

Dazu komme, dass das Opfer und sein Freund ihn zweifelsfrei auf einem Foto identifiziert hätten. Zudem hätten Zeugen nach dem Angriff einen roten VW-Golf mit Schwyzer Kennzeichen davonbrausen sehen – einen solchen fuhr der Beschuldigte zum Tatzeitpunkt regelmässig. Überdies habe der Beschuldigte gelogen in der Einvernahme. Er gab an, seinen Arbeitsplatz im Kanton Schwyz am Tattag um 17 Uhr verlassen

zu haben. Sein Arbeitgeber sagte aber, er sei bereits um 16 Uhr gegangen. Staatsanwalt Julmy forderte eine Freiheitsstrafe von zwölf Monaten mit zwei Jahren Probezeit.

Verteidiger Fabian Zuberbühler zerpfückte in seinem Plädoyer die Argumente von Julmy und Amberg. Dass sein Mandant gelogen habe, was das Ende seiner Arbeitszeit angehe, sei zwar ungeschickt, aber unerheblich: Er hätte so oder so zur Tatzeit in Düdingen sein können. Das Kennzeichen des roten VW-Golfs sei nicht bekannt, also sei es reine Spekulation, dass es sich tatsächlich um das Auto des Beschuldigten handle. Er glaube zudem, dass das Opfer seinen

Mandanten absichtlich beschuldigt habe. Dafür spreche auch, dass der Freund des Opfers sich erst im Jahr nach dem Vorfall als Zeuge bei den Behörden gemeldet und wiederholt widersprüchliche Aussagen gemacht habe.

«Die Widersprüche aus den Aussagen der Einvernommenen sind kaum zu entwirren», sagte er abschliessend. Unter diesen Umständen sei kein Schuldspruch möglich. Er forderte deshalb einen Freispruch und eine Entschädigung für den Beschuldigten. Amberg entgegnete, die Indizien sprächen in ihrer Gesamtheit für einen Schuldspruch. Widersprüche seien normal: «Zeugen sind keine Videokameras.»